

Klage gegen Bebauung der Ochsenau

Geplantes Vorgehen des Landesbundes für Vogelschutz könnte die Errichtung des Grünen Zentrums deutlich verzögern – wohl mit dramatischen Folgen für finanzielle Lage der Stadt

Von Bernhard Beez

Im kommenden Jahr soll beginnen, was Dieter Groß, Stiftungsverwalter der Heiliggeistspitalstiftung, gegenüber unserer Redaktion als „Riesenaktion“ bezeichnet hat. Das Seniorenheim im Herzen der Stadt muss umfassend saniert werden. Die Kosten für dieses Mammutprojekt, das mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, werden sich im mittleren zweistelligen Millionenbereich bewegen. Die Finanzierung schien bereits geklärt: Durch den Grundstücksverkauf in der Ochsenau sollen die notwendigen Gelder in den Stadtsäckel gespült werden. Mit einem Erlös von insgesamt rund 50 Millionen Euro könnte die Stadt nach einer internen Schätzung rechnen. Neben einer späteren Wohnbebauung soll in den kommenden Jahren das Grüne Zentrum auf dem Areal errichtet werden. Nun aber könnte diese Planung – zumindest was den zeitlichen Horizont betrifft – gehörig ins Wanken geraten. Denn der Landesbund für Vogelschutz (LBV), neben dem Bund Naturschutz ein scharfer Kritiker jeglicher Bebauung der Ochsenau, hat angekündigt, den Gerichtsweg zu beschreiten.

„Es stimmt, wir bereiten eine Klage gegen den Bebauungsplan vor“, bestätigt Christian Stierstorfer, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit beim LBV Niederbayern. Diese Eskalation werde von Seiten der Vogelschützer bedauert: „Wir haben an die Stadt einen Brief geschickt mit dem dringlichen Appell, die Planung nicht umzusetzen. Aber dieser Brief wurde bislang leider nicht beantwortet. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als rechtliche Schritte einzuleiten.“

Bei der Ochsenau handelt es sich für Stierstorfer um eine ökologisch äußerst wertvolle Fläche, eine derartige Bebauung würde Signalwirkung für andere Projekte haben. Stierstorfer nimmt auch die Politik in die Pflicht: „In schönen Worten wird der Naturschutz gepriesen,



In der Ochsenau soll in den kommenden Jahren das Grüne Zentrum realisiert werden. Doch aufgrund einer drohenden Klage durch den Landesbund für Vogelschutz könnte sich dieses Projekt nun deutlich verzögern. Foto: LZ-Archiv/Lothar Brey

aber vor Ort geht es weiter wie immer. Wir wollen mit dieser Klage deshalb ein Zeichen setzen, dass man so nicht weitermachen kann.“

Einnahmen wurden bereits fest verplant

Diese Klage könnte den Umsetzungsprozess in der Ochsenau erheblich verzögern. Ärgerlich etwa für den Landkreis Landshut, der beim Grünen Zentrum mit im Boot ist und für die Planungen zwei Millionen Euro in den Haushalt 2023 einstellen wird. Oder für das Staatliche Bauamt, das ein Baugrundstück für den Neubau des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erworben hat und die Planungen im kommenden Jahr weiter vorantreiben will. Wie gesagt – ärgerlich. Finanziell in die Bredouille kann jedoch die Stadt Landshut geraten, die besagte Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf bereits fest verplant hat.

„Diese Einnahmen würden uns für die Sanierung der Heilig-Geist-Heims natürlich sehr fehlen. Wir hätten dann ein großes Problem bei

der Finanzierung“, sagt Oberbürgermeister Alexander Putz. Zugleich macht er klar, dass die Sanierung des Seniorenheims – etwa aus Gründen des Brandschutzes – keinen Aufschub dulde. „Wir haben – wie so ziemlich alle Kommunen in Deutschland – ohnehin zu wenige Plätze für Senioren. Da können wir nicht einfach auf gut 100 Plätze verzichten.“

Heißt: Die Sanierung muss umgesetzt, zur Not aus dem laufenden Haushalt bestritten werden. Was die Realisierung anderer wichtiger Projekte – Stichwort Sanierung von Schulen oder des Stadttheaters im Bernlochener – nicht gerade vereinfachen würde. „Das würde die allgemeine Haushaltsproblematik nochmals deutlich verschärfen“, sagt Putz. Wie will man damit bei den Haushaltsberatungen umgehen? „Ganz ehrlich, das weiß ich noch nicht“, sagt der Oberbürgermeister schulterzuckend. Verständnis hat er für die harte Linie des LBV nicht. Zum wiederholten Male verweist Putz darauf, dass man vor vielen Jahren mit dem Bund Naturschutz eine Abmachung getroffen

habe: Der allergrößte Teil des ehemaligen Truppenübungsplatzes (insgesamt 300 Hektar) wird zu einem Naturschutzgebiet, dafür kann ein Teil der Ochsenau (20 Hektar) für Bebauung genutzt werden. „Es ist halt schade, wenn man sich jetzt an diese Vereinbarung nicht mehr halten will und uns damit in solchen großen Problemen stürzt“, sagt Putz.

Wohnbebauung dürfte in ganz weite Ferne rücken

Bei der jetzt drohenden Auseinandersetzung geht es übrigens ausschließlich um das Grüne Zentrum, für dessen Errichtung es bereits einen rechtskräftigen Bebauungsplan gibt. Noch schwieriger gestaltet es sich bei der möglichen Wohnbebauung. „Da stehen wir bei den Bürgern im Osten der Stadt im Wort. Erst muss die B15 neu an die LA14 angeschlossen werden, zeitnah wird da also gar nichts passieren“, sagt Putz. Und sollte es nun tatsächlich erst mal vor Gericht gehen, dürfte klar sein: Das Projekt Wohnbebauung wird in der Ochsenau in ganz weite Ferne rücken.